

RESOLUTION Autoland Bayern

Autoland Bayern erhalten – Zukunft sichern!

1 Die Automobilbranche wandelt sich weltweit. Neben dem Verbrennungsmotor
2 etablieren sich Elektro- und Wasserstoffantrieb. Die Fahrzeuge werden immer digitaler.
3 Chinesische Hersteller erobern mit Dumpingpreisen global Marktanteile. Für unsere
4 heimischen Autohersteller, Zulieferbetriebe und auch das Kraftfahrzeuggewerbe
5 bedeutet das: Es sind massive Investitionen in Forschung, Entwicklung und neue
6 Produktionsstätten notwendig. Die Beschäftigten müssen neue Qualifikationen
7 erwerben. Für Bayern ist die Automobilindustrie bis heute ein Wohlstandsgarant. Gut
8 ein Drittel ihres Umsatzes erwirtschaftet die bayerische Industrie mit dem Automobil.
9 Über 400.000 gut bezahlte Arbeitsplätze sind von der Branche abhängig. Als FREIE
10 WÄHLER Fraktion setzen wir deshalb alles daran, der Automobilwirtschaft zu neuen
11 Erfolgen zu verhelfen.

12
13 Im neuen Transformationsfonds des Bayerischen Wirtschaftsministeriums reservieren
14 wir mindestens 100 Mio. Euro – ein Drittel des Gesamtvolumens – für die
15 Automobilindustrie. Damit fördern wir Investitionen in Forschung, neue
16 Produktionsverfahren und Geschäftsfeldentwicklung. Eine starke Autoindustrie ist
17 allerdings für ganz Deutschland von zentraler Bedeutung. Deshalb muss Berlin endlich
18 in die Zukunftssicherung einsteigen. Die Ampel-Regierung war einseitig auf die
19 Kohlereviere und Großprojekte wie Batterieproduktion in Schleswig-Holstein oder
20 Chipherstellung in Magdeburg fokussiert. So darf es nicht weitergehen. Berlin muss
21 zeitnah ein Investitionsprogramm mit Fokus auf die Automobil-Zulieferindustrie
22 auflegen.

23
24 Gleichzeitig sind wir der festen Überzeugung, dass gesunde Unternehmen nicht
25 dauerhaft auf staatliche Hilfen angewiesen sein können. Die wirtschaftspolitischen

26 Rahmenbedingungen müssen so gesetzt sein, dass die Unternehmen aus eigener Kraft
27 im internationalen Wettbewerb bestehen können. Wir brauchen eine
28 Unternehmenssteuerreform mit dem Ziel, die steuerliche Belastung von derzeit 30
29 Prozent auf ein international konkurrenzfähiges Niveau deutlich zu reduzieren. Die
30 steuerlichen Anreize für Mehrarbeit müssen verbessert werden. Die gesetzlichen
31 Regelungen für die Arbeitszeiten gilt es flexibler zu gestalten. Bürokratie –
32 beispielsweise bei Lieferkettensorgfaltspflichten, Nachhaltigkeitsberichterstattung oder
33 -taxonomie – muss im Bund und in Europa dringend abgebaut werden – so, wie es die
34 Bayernkoalition mit den Modernisierungsgesetzen bereits vormacht.

35
36 Als FREIE WÄHLER Fraktion sind wir überzeugt: In einem Flächenland wie Bayern
37 braucht es auch in Zukunft das Auto – insbesondere im ländlichen Raum. Mit Blick auf
38 die individuelle Mobilität plädieren wir vehement für Technologieoffenheit. Das EU-
39 Zulassungsverbot für Verbrenner ab 2035 lehnen wir ab. Vor der Europawahl im Juni
40 2024 haben viele für eine Abkehr vom Verbrenner-Aus geworben. Es ist eine Frage der
41 politischen Glaubwürdigkeit, den versprochenen Kurswechsel jetzt in Brüssel in die Tat
42 umzusetzen. Wir erwarten außerdem eine Korrektur der europäischen CO₂-Flottenziele.
43 Heimische Hersteller müssen von milliardenschweren Strafzahlungen verschont
44 bleiben. Ansonsten fließen Gelder aus den Unternehmen ab, die dringend für
45 Zukunftsinvestitionen benötigt werden. Unser klares Ziel ist: Dekarbonisierung darf nicht
46 Deindustrialisierung bedeuten.

47
48 Die Verantwortung für das Verfehlen der ambitionierten Klima-Flottenziele liegt beim
49 Bund: Die Ampel-Regierung hat den E-Auto-Absatz in Deutschland durch den
50 plötzlichen Stopp des Umweltbonus im Dezember 2023 abgewürgt. Neuzulassungen
51 sind 2024 um ein Viertel eingebrochen. Das verhindert die Erreichung der EU-
52 Flottenziele. Es braucht wieder Kaufanreize. Wir fordern die auf heimische Hersteller
53 zugeschnittene E-Mobilitätsprämie.

54 Auch für den Straßengüterverkehr braucht es neuen Schub zum Umstieg auf Elektro-
55 und Wasserstoffantriebe. Nach der Bundestagswahl muss dringend das Anfang 2024
56 stillgelegte Förderprogramm „KsNI“ für Nutzfahrzeuge mit Elektro- und
57 Wasserstoffantrieben wiederaufleben. Damit die Unternehmen aus eigener Kraft in
58 klimaschonende Fahrzeuge investieren können, muss die Lkw-Maut sinken. Der seit
59 anderthalb Jahren geltende CO2-Aufschlag hat teils für eine Verdopplung der
60 Mautbelastung gesorgt. Das EU-Recht lässt diese Mautsenkung zu. Der Spielraum
61 muss genutzt werden. Innovative Kraftstoffe wie HVO 100 aus Abfall- und Reststoffen
62 oder E-Fuels ermöglichen einen emissionsfreien Weiterbetrieb bestehender
63 Nutzfahrzeugflotten. Diese Potenziale wollen wir heben.

64
65 Beim Ausbau der Tank- und Ladeinfrastruktur ist kein anderes Bundesland so weit wie
66 Bayern. Hier gibt es heute über 30.000 öffentliche Ladepunkte, davon über 6.500
67 Schnellladepunkte. Um der Transport- und Logistikwirtschaft die Umstellung auf
68 innovative Antriebe zu erleichtern, unterstützt der Freistaat die Errichtung von Lkw-
69 Schnellladern. Wir wollen bis 2030 100.000 Ladepunkte in ganz Bayern schaffen. Beim
70 Ausbau des Wasserstofftankstellennetzes gibt unser Bayerisches
71 Wirtschaftsministerium massiven Schub. Der Bund ist gefordert, seine Unterstützung für
72 den Ladeinfrastrukturausbau deutlich aufzustocken.

73
74 Mit der 5,5 Mrd. Euro schweren Hightech-Agenda hat Bayern kräftig in
75 Spitzentechnologie und Grundlagenforschung investiert. Die Ergebnisse der
76 Forschungsoffensive müssen noch stärker der Wirtschaft und vor allem dem Mittelstand
77 nutzen. Das erreichen wir mit vier, speziell auf Mobilitätsthemen ausgerichteten
78 Technologietransferzentren. Einen wichtigen Beitrag zum Gelingen des Wandels leisten
79 ebenso die regionalen Transformationsnetzwerke. Sie vernetzen mittelständische
80 Zulieferbetriebe und unterstützen die Weiterqualifizierung der Beschäftigten. Für eine
81 Verlängerung der Förderung dieser Netzwerke über das Jahresende 2025 hinaus muss
82 der Bund rasch die Weichen stellen.